

FAZ, 27., 29.12.03, 2.1.04; XNA, 3., 4.1.04; SCMP, 13.1.04, nach BBC PF, 14.1.04) -bk-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

13 Neue Offensive zur Talentförderung

Seit Mitte der 1990er Jahre verfolgt die chinesische Regierung das Ziel, in verstärktem Maße akademisch gebildete Fachleute für das 21. Jahrhundert auszubilden. Partei und Regierung vertreten die Auffassung, dass gut ausgebildete Fachleute die wesentliche Triebkraft für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt darstellen. Ganz in diesem Sinne wurden kürzlich auf einer nationalen Tagung zu diesem Thema qualifizierte Fachleute (*rencai*) zur wichtigsten Ressource erklärt. Die Erschließung und Nutzbarmachung materieller Ressourcen, so heißt es in einem Kommentar der *Volkszeitung* (29.12.03), seien zwar die Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung, aber die Entwicklung menschlicher Intelligenz und Fähigkeiten bestimmten Grad und Ausmaß der Erschließung materieller Ressourcen.

Der chinesische Ausdruck *rencai* bedeutet eigentlich „Talent“, „Begabung“ oder „talentiertere Person“ und steht heute allgemein für qualifiziertes Fachpersonal, und zwar i.d.R. akademisch gebildete Fachleute. *Rencai* bezeichnet nicht nur Wissenschaftler aller Fachrichtungen, sondern auch Praktiker mit Hochschulabschluss wie z.B. Manager, Unternehmensführer und Verwaltungsfachleute. Dem Kommentar zufolge können alle Menschen *rencai* haben oder werden, d.h. jedermann kann seine Begabung entfalten. *Rencai* beinhaltet sowohl moralische Qualitäten als auch Wissen, Fähigkeiten und Leistungen. Nicht Bildungsgang, Titel, Geld oder Herkunft machten für sich genommen *rencai* aus, vielmehr seien ein relativ hohes Bildungsniveau, Innovationsfähigkeit und reiche Erfahrungen, Fleiß beim Lernen und Pioniergeist ausschlaggebend. Damit sich diese Eigenschaften entfalten kön-

nen, müssten eine entsprechende gesellschaftliche Atmosphäre und entsprechende Lebensbedingungen herrschen, und für diese will der Staat sorgen. Vor allem müsse der Gedanke, dass der Mensch die Grundlage ist (*yiren weibei*), fest verwurzelt sein. Alle Kräfte – Arbeit, Wissen, Technik, Management und Kapital – seien zu bündeln, um für das Volk Wohlstand zu schaffen.

Die Arbeitstagung zum Thema Talentförderung wurde im Dezember von Partei und Regierung veranstaltet. Es handelte sich um die erste nationale Tagung dieser Art in China, was den Stellenwert verdeutlicht, den die neue Regierung der Ausbildung und Förderung qualifizierter Fachleute beimisst. Hauptredner auf der Tagung war Parteichef Hu Jintao, der die Leistungen und Erfahrungen der Partei bezüglich *Rencai*-Arbeit und die Notwendigkeit der Vertiefung dieser Arbeit herausstellte. Zugleich erhob er die Parole „Talente machen den Staat stark“ (*rencai qiang guo*) zur Strategie, d.h. der Staat verfolgt fortan die Strategie der gezielten Förderung von Begabungen, um das Kontingent qualifizierter Fachleute zu vergrößern und damit den Staat zu stärken, eine Strategie, die für das 21. Jahrhundert bestimmend sein soll. Ein Staat, so wird in einem Leitartikel der *Guangming-Zeitung* verkündet, kann nur erfolgreich sein, wenn er „Talente“ hervorbringt.

Die Strategie „Talente machen den Staat stark“ steht in engem Zusammenhang mit der im Jahre 1995 verkündeten Strategie „Wissenschaft und Bildung führen den Staat zur Blüte“ (*ke jiao xing guo*). Beide zielen auf eine Lern- und Wissensgesellschaft ab, doch die Erstere ist noch stärker auf Leistung orientiert. Die Umsetzung der Strategie „Talente machen den Staat stark“ wird als eine dringende langfristige Aufgabe bezeichnet. Sie wird weit reichende Folgen haben, und zwar nicht nur für die Bildungs- und Wissenschaftspolitik, sondern möglicherweise auch für die Bevölkerungspolitik. In der Bildungspolitik kommt die Umsetzung der beiden Strategien in der Konzentration auf das Hochschulwesen zum Ausdruck. Namentlich die Projekte „211“ und „985“ (Auswahl und Ausbau von rund einhundert Universitäten des Landes

zu Eliteuniversitäten (vgl. dazu C.a., 2000/12, Ü 18 u. 2002/9, Ü 16) bzw. Ausbau einiger weniger dieser Institutionen zu Universitäten von Welt-rang) sind dazu angetan, Talente zu fördern und eine Elite in Wissenschaft und Technik, Management und Unternehmertum heranzubilden. Wissenschaftspolitisch gesehen, macht sich die Anwendung beider Strategien in der Einführung des Leistungsgedankens in die Forschung bemerkbar, insbesondere in dem Programm für die Innovation der Wissenschaft, in dessen Rahmen besonders leistungsstarke Forschungsinstitute gefördert werden (vgl. dazu C.a., 1999/11, Ü 17 u. 2000/6, Ü 22). Bevölkerungspolitisch könnte die Talentförderung zu einer Lockerung der Ein-Kind-Familie führen, wofür es bereits erste Anzeichen gibt, denn je größer das Reservoir ist, aus dem man schöpfen kann, desto mehr Talente werden entdeckt. Tatsächlich scheint in China ein Umdenken dahingehend einzusetzen, dass die hohe Bevölkerungszahl nicht mehr nur als Belastung empfunden wird, sondern im Gegenteil als Chance. In dem erwähnten Leitartikel und Kommentar wird beispielsweise argumentiert, langfristig werde China sich von einem Land mit großer Bevölkerung zu einem starken Land mit einem großen Reservoir an Talenten wandeln. Der Bevölkerungsdruck werde in Bezug auf Talente zum Vorteil gereichen.

Ein anschauliches Beispiel, wie die eher abstrakte Formel „Talente machen den Staat stark“ in die Praxis umgesetzt wird, liefert die Provinz Jiangsu. Dort hat die Provinzregierung die beiden Strategien umgemünzt in „Wissenschaft und Bildung bringen die Provinz zur Blüte“ und „Talente machen die Provinz stark“ und das „Projekt 333“ auf den Weg gebracht. Im Rahmen dieses 1997 begründeten Zehnjahr-Projekts sollen für das 21. Jahrhundert wissenschaftliche und technische Nachwuchskräfte ausgebildet werden, und zwar nach folgendem Plan: 30 hervorragende Fachleute, die wissenschaftlich oder technologisch Weltspitze sind und international einen relativ hohen Bekanntheitsgrad haben; 300 hoch qualifizierte Fachleute, die in China in Wissenschaft und Technologie bedeutenden Einfluss haben; 3.000 wissenschaftlich-technische Führungskräfte,

die in der Provinz Jiangsu in ihrer jeweiligen Wissenschaft oder Branche einen gewissen Ruf haben. Die Provinzregierung hat bislang 50 Mio. Yuan in das Projekt investiert, die Städte, lokalen Behörden und sonstige Einheiten 90 Mio. Die Auswahlverfahren für das „Projekt 333“ sind streng reglementiert. Die Kandidaten werden von Fachleuten empfohlen, müssen sich bewerben und werden im Wettbewerb von einem Expertengremium begutachtet. Die Ausbildung erfolgt an den vier besten Universitäten der Provinz, darunter der Universität Nanjing und der Südostchinesischen Universität. Die Ausgewählten machen entweder ihren Doktor oder Magister oder sie durchlaufen eine Kurzeitusbildung, eine ganze Reihe von ihnen wird auch ins Ausland geschickt.

Der Erfolg des Programms ist schon jetzt sichtbar. In den sechs Jahren seit Einführung des Projekts wurden aus den Reihen der bislang 2.732 geförderten Personen vier zu Akademiemitgliedern gewählt, 57 wurden auf nationaler Ebene für hervorragende Leistungen ausgezeichnet, 191 auf Provinzebene und 207 erhielten von der Zentralregierung Sondergratifikationen. Zudem wurden auf nationaler Ebene 147 und auf Provinzebene 1.034 Forschungsergebnisse ausgezeichnet und 337 Patente erworben. Das „Projekt 333“ trägt auch dazu bei, dass immer mehr Auslandsstudenten in die Provinz zurückkehren. Die Zahl der Unternehmensparks, die Jiangsu für Rückkehrer gegründet hat, und florierender Unternehmen von Rückkehrern macht ein Sechstel der Gesamtzahl ganz Chinas aus. Damit liegt die Provinz in ganz China an der Spitze. (Vgl. dazu RMRB, GMRB, 12.12.03)

Mit der gezielten Talentförderung beabsichtigt China, in Wissenschaft und Technik Anschluss an die Weltspitze zu finden. Doch die Talentförderung soll nicht nur Chinas internationale Position stärken, sondern sie hat auch unter den Provinzen zu einem Wettbewerb um die bestqualifizierten Fachleute geführt, wie das Beispiel Jiangsus zeigt. -st-

14 Verschärftes Vorgehen gegen illegale Schulgebühren

Die Zentralregierung veröffentlichte Mitte Dezember einen Bericht über die Situation illegaler Schulgebühren in China. Die Angaben in dem Bericht sind das Ergebnis von Überprüfungen, die von September bis November in zwanzig Provinzen durchgeführt wurden. Die Untersuchungen wurden von den zuständigen Organen für Preise durchgeführt, die fast 63.500 Hoch-, Mittel- und Grundschulen sowie Bildungsbehörden und Schulämter durch über 3.000 Untersuchungsgruppen überprüfen ließen. Dabei wurden 12.634 Fälle aufgedeckt, in denen illegale Schulgebühren erhoben wurden. Die Summe der widerrechtlich erhobenen Schulgebühren belief sich auf über 2 Mrd. Yuan. Davon wurden bereits rund neunzig Prozent an die Schüler zurückgezahlt. In dem Bericht heißt es, dass dank der jahrelangen Bemühungen im Kampf gegen überhöhte Schulgebühren dieses Unwesen zwar eingedämmt werden konnte, dass es aber noch keinesfalls beseitigt ist und der Staat es weiterhin im Auge behalten muss. Jeder Einzelne und jede Einheit sind aufgerufen, die zuständigen Behörden zu informieren, wenn Fälle überhöhter Gebühren auftreten. Gravierende Verstöße einzelner Schulen werden jetzt sogar namentlich veröffentlicht. Zu den Sanktionen gehören nicht nur Geldstrafen, sondern beispielsweise auch die Entlassung der betr. Schulleiter.

Das Problem illegaler Schulgebühren ist nicht einfach zu lösen. Laut Gesetz darf im Pflichtschulbereich kein Schulgeld erhoben werden, wohl aber dürfen vermischte Gebühren, z.B. für Schulbücher, Schulverpflegung usw. kassiert werden. Privatschulen dürfen Schulgeld nehmen, aber die Höhe muss mit den Bildungsbehörden vereinbart werden. Mangels genauer Kriterien ist der Übergang von legalen zu illegalen Schulgebühren fließend, sodass häufig eine Grauzone besteht. Auch werden illegale oder überhöhte Schulgebühren nicht immer veruntreut, sondern viele Schulen, insbesondere auf dem Lande, sind aufgrund der chronischen Unterfinanzierung gezwungen, sich auf alle mögliche Weise Geld zu beschaffen. Um diesen Zustand zu beenden, haben sich die Provinzen daran gemacht,

Kriterien für Schulgebühren aufzustellen, die je nach Entwicklungsstand der Provinz verschieden ausfallen. Die Zentralregierung kann lediglich Anstoß und Anleitung zur Problemlösung geben, zuständig für die konkrete Festlegung der Kriterien und der Höhe der Gebühren sind die Provinzen. (Vgl. RMRB, 17., 22., 24.12.03) -st-

15 Nichtstaatliche Programme helfen bedürftigen Schülern

In China brechen jedes Jahr zwei Millionen Kinder die Schule vorzeitig ab, weil die Familien die Kosten für den Schulbesuch nicht bezahlen können. Zwar ist für die neun Jahre umfassende Pflichtschule in den öffentlichen Schulen kein Schulgeld zu zahlen, aber es müssen diverse Gebühren entrichtet werden, so z.B. für Schulbücher, Schreibmaterial, Schulverpflegung, Prüfungen u.Ä., deren Höhe je nach Schule und Region unterschiedlich ausfällt. Pro Schuljahr betragen die Gebühren mindestens 150-200 Yuan, häufig mehrere hundert Yuan. Besonders in den Armutsgemeinden können sich das viele Eltern nicht leisten. Zur Unterstützung bedürftiger Schüler gibt es seit 1989 zwei landesweite nichtstaatliche Programme, zum einen das „Projekt Hoffnung“, zum anderen das Programm „Frühlingsknospen“ (*Chunlei*). Das Erste wurde von der Chinesischen Stiftung für Jugendentwicklung gegründet, um in unterentwickelten ländlichen Gebieten Schulen zu bauen und Schülern aus armen Familien durch Stipendien den Schulbesuch zu ermöglichen. Mittlerweile wird im Rahmen des „Projekts Hoffnung“ auch Fernbildung finanziert, Lehrerbildung betrieben und werden Stipendien für begabte Hochschulstudenten vergeben. Der Schwerpunkt liegt jedoch auf dem Grundschulwesen, und zwar vornehmlich in Mittel- und Westchina. Gut 80 Prozent der geförderten Grundschulen und Schüler sind dort gelegen bzw. ansässig. Das „Projekt Hoffnung“ ist zum größten und einflussreichsten nichtstaatlichen gemeinnützigen Projekt Chinas geworden. Seit Bestehen hat es über 2,2 Mrd. Yuan an Spendengeldern aus dem In- und Ausland eingeworben. Damit wurden bislang rund 9.500 Hoffnungs-Grundschulen gebaut oder renoviert, die von 3 Mio.

Schülern besucht werden. Die Stifftungsmittel reichen aber bei weitem nicht aus. Offiziellen Statistiken zufolge gibt es in China immer noch gut 40 Mio. Kinder und Jugendliche, die Unterstützung benötigten, davon 34 Mio. Grund- und Mittelschüler.

Das Frühlingsknospen-Programm dient ausschließlich der Mädchenbildung, indem es Mädchen, die aus finanziellen Gründen die Schule vorzeitig abbrechen, die Rückkehr in die Schule ermöglicht. Von den etwa 2 Mio. Kindern, die pro Jahr die Schule vorzeitig abbrechen, sind 70 Prozent Mädchen. Bislang haben über 9.000 Schulabbrecherinnen von dem Programm profitiert. Das Programm wurde von der Chinesischen Kinderstiftung, dem Chinesischen Frauenverband, dem Landwirtschaftsministerium und der Staatlichen Nationalitätenkommission gegründet. Insgesamt wurden bisher 220 Mio. Yuan für das Programm gespendet. (Vgl. XNA, 11., 13.12.03)

Die beiden Programme sind zu unentbehrlichen Stützpfählern der allgemeinen Schulpflicht in Chinas Armutsgebieten geworden. Die Finanzierung des Schulwesens ist Sache der Lokalregierungen, doch viele Orte können die notwendigen Mittel nicht aufbringen. Zwar leistet die Zentralregierung in Westchina im Rahmen des „Aufbaus West“ finanzielle Hilfe für das Schulwesen, aber diese Unterstützung reicht längst nicht aus, abgesehen davon, dass es nicht nur im Westen Armut gibt. -st-

16 Entwicklungspolitik: Dreierlei Dienste aufs Land

Partei und Regierung haben Anfang Dezember ein Zirkular zur Entwicklung der Dörfer erlassen. Unter dem Motto „Dreierlei Dienste hinab aufs Land“ (*san xiexiang*) werden alle örtlichen Regierungen aufgerufen, im Jahre 2004 die Aktivitäten zur Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Lande zu verstärken. Dies soll durch Entsendung von dreierlei Diensten aufs Land geschehen, nämlich Kultur, Wissenschaft und Technik sowie Gesundheitsdienst. Die Probleme Landwirtschaft, Dörfer und Bauern hätten nach wie vor für die Partei und den Staat Priorität, heißt es in dem

Zirkular. Deshalb hätten alle lokalen Stellen und Abteilungen die Aufgabe, die drei Dienste aufs Land zu entsenden. Nur so könne bescheidener Wohlstand für die Gesellschaft geschaffen, das Niveau der Bauern angehoben und die Bedürfnisse der Bauern befriedigt werden. Es komme darauf an, die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Lande voranzutreiben, die Einkommen der Bauern zu steigern und deren geistiges und kulturelles Leben zu bereichern.

Im Hinblick auf die Kultur sollen kulturelle Aktivitäten in den Dörfern entfaltet werden, so z.B. durch Entsendung von Theater, Büchern und Filmen, aber auch dadurch, dass die Landbevölkerung Rechtskenntnisse erwirbt und dass – vor allem im Westen – Bildungsaktivitäten unterstützt werden. Wissenschaft und Technik sollen durch Ausstellungen und Messen sowie durch Entsendung von Wissenschaftlern und Technikern aufs Land bekannt gemacht werden. Die medizinische Versorgung soll durch Entsendung von Medizinern und Medikamenten verbessert werden; hier gelte es vor allem, Kenntnisse zur Vorbeugung ansteckender Krankheiten und gesunden Lebensweise zu verbreiten. Die Entsendung der drei Dienste müsse mit den beiden großen Aufgaben der Entwicklung der Westgebiete und der Armutsbekämpfung koordiniert werden. Die Aktivitäten sollen nicht nur mit öffentlichen Mitteln, sondern ausdrücklich auch mit Geld- und Sachspenden unterstützt werden. Das Zirkular schließt mit dem Aufruf, den Arbeitsstil zu verbessern, an die Basis und unter die Massen zu gehen und jeglichen Formalismus und Bürokratismus zu vermeiden.

All dies sind alte Forderungen der KPCh, die in immer neuem Gewand propagiert werden. Insbesondere seit dem XVI. Parteitag (November 2002), als die Schaffung bescheidenen Wohlstands für die gesamte Bevölkerung auf die Tagesordnung geschrieben wurde, haben Bauernfragen und ländliche Entwicklung für den Staat höchste Priorität. Im Gegensatz zu früher geht es der Partei heute jedoch weniger um Ideologie als vielmehr darum, die Lebensverhältnisse auf dem Lande zu verbessern. Nicht die Künstler, Lehrer, Wissenschaftler, Techniker und Ärzte, die aufs Land geschickt

werden, sollen durch die Verbindung mit den Massen umerzogen werden, sondern die bäuerliche Bevölkerung soll durch Bildung, Ausbildung, Anleitung und Aufklärung in die Lage versetzt werden, die Wirtschaftskraft der ländlichen Regionen zu steigern. Für die Fachleute, die sich in Bezug auf die drei Dienste auf dem Lande engagieren, gibt es Anreize: Fortgeschrittene Kollektive und Einzelpersonen, die sich beim *san xiexiang* besonders hervortun, erhalten eine Auszeichnung. (Vgl. RMRB, 5., 11.12.03) -st-

17 Genossenschaftliches Gesundheitswesen

Die medizinische Versorgung auf dem Lande, insbesondere in Mittel- und Westchina, weist gravierende Defizite auf. Nicht nur gibt es in weiten Gebieten keine hinreichende medizinische Infrastruktur, sondern die bäuerliche Bevölkerung ist aufgrund ihrer niedrigen Einkommen kaum in der Lage, die steigenden Krankenkosten zu tragen, zumal eine Krankenversicherung zumeist fehlt. Offiziellen Angaben zufolge tragen die Bewohner auf dem Lande 90 Prozent ihrer Krankenkosten selbst, während es bei den Städten 60 Prozent sind. Hingegen liegen die Einkommen der Landbevölkerung im Durchschnitt nur bei einem Drittel derjenigen der Stadtbevölkerung. Viele Landbewohner verzichten daher auf medizinische Behandlung oder wenden sich der billigeren chinesischen Medizin zu. Auch ist es keine Seltenheit, dass Landbewohner infolge von Krankheit verarmen.

Die Regierung bemüht sich seit Jahren um den Aufbau genossenschaftlicher Krankenversicherungen auf dem Lande, bisher jedoch ohne durchschlagenden Erfolg. Wenn überhaupt, dann funktionieren diese nur in den wohlhabenden Ostgebieten, wobei generell über mangelnde Sicherheit der Einlagen geklagt wird. In dieser Situation hat nun die Regierung begonnen, ein neuartiges genossenschaftliches Gesundheitswesen aufzubauen. Seit Anfang des Jahres 2003 läuft ein entsprechendes Pilotprojekt mit dem Ziel, bis zum Jahr 2010 ein kooperatives Gesundheitsnetzwerk einzurichten, das die medizinische Grundversorgung der ländlichen Bevölkerung si-

cherstellen soll. In jeder Provinz beteiligen sich zwei oder drei Kreise, die als Versuchsplätze für das neuartige genossenschaftliche Gesundheitswesen gelten und als Vorbild dienen sollen.

Die Grundlage dieses neuen, im Aufbau befindlichen Netzwerkes bilden Fonds, in die die Zentralregierung, die jeweilige Lokalregierung und die Bauern selbst einzahlen. Den beteiligten Bauern wird im Krankheitsfall ein Teil der Behandlungskosten erstattet. Gegenwärtig werden die Versuchsplätze vor allem in Mittel- und Westchina eingerichtet. Hier zahlt die Zentralregierung für jeden beteiligten Landbewohner pro Jahr zehn Yuan, und mindestens den gleichen Betrag steuern die Lokalregierungen bei. Das neuartige Netzwerk arbeitet nach dem Solidarprinzip, ist aber – zumindest vorerst – keine Pflichtversicherung. Vielmehr legt die Regierung großen Wert auf das Prinzip der Freiwilligkeit. Zudem achtet sie darauf, dass bei der Einführung des neuen Systems die jeweils örtlichen Gegebenheiten berücksichtigt werden und nicht nach einheitlichem Muster verfahren wird. Ein weiterer Grundsatz ist, dass die genossenschaftlichen Gesundheitsfonds gut verwaltet, kontrolliert und verwendet werden, damit die Bauern Vertrauen in das neue System fassen. Ob dieses landesweit eingeführt wird, hängt in erster Linie von der Zuverlässigkeit ab. Korruption, Zweckentfremdung der Mittel und Verschwendung dürfen sich in das neue Netzwerk nicht einschleichen, sonst ist es in gleicher Weise diskreditiert wie die bestehenden Systeme. Deshalb kommt es jetzt vor allem auf eine wirksame Kontrolle der Versuchsplätze an. (Vgl. XNA, 21.11.03; RMRB, 6.12.03) -st-

Außenwirtschaft

18 Schröderbesuch im Zeichen der Wirtschaftskooperation

Der Chinabesuch von Bundeskanzler Schröder im Dezember 2003 stand ganz im Zeichen der bilateralen Wirtschaftszusammenarbeit, die durch diese „politische Flankierung“ gestützt werden soll. Mehr als 30 deut-

sche Unternehmer und Manager sowie zwei Bundesminister (Bundesjustizministerin Zypries und Bundesverkehrsminister Stolpe), den Kanzleramtschef und einen Staatssekretär umfasste die Delegation, die sich vier Tage in China aufhielt. (HB, 3.12.03)

In Anwesenheit von Bundeskanzler Schröder wurden 11 Abkommen unterzeichnet, davon waren sechs Regierungsabkommen und vier Abkommen über Unternehmenskooperationen. Hierzu zählte beispielsweise die Verlängerung des Kooperationsvertrages bis zum Jahre 2041 zwischen VW und dem chinesischen Joint-Venture-Partner First Automotive Works (FAW), mit dem in Changchun VW- und Audi-Modelle produziert werden. Weiterhin schloss REpower Systems AG zwei Abkommen über die Kooperation beim Bau von Windkraftanlagen ab. Darüber hinaus fand die Unterzeichnung des Abkommens über das Joint Venture zwischen der Bausparkasse Schwäbisch Hall und der China Construction Bank, die Sino-German Bausparkasse, statt. Zu den zwischenstaatlichen Abkommen gehörten eine Vereinbarung über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, über die Zusammenarbeit im Bereich alternativer und regenerativer Energie im Verkehr, über die Fortsetzung der Kooperation im Rechtsbereich, zwei Abkommen im Bereich Schifffahrt sowie ein Abkommen über die Eröffnung von Generalkonsulaten in Chengdu und in Frankfurt. Zwischen den deutschen Sportverbänden und dem Chinesischen Olympischen Komitee wurde ebenfalls eine Vereinbarung abgeschlossen. (NfA, 2.12.03)

Die Wirtschaftsvertreter hatten zwar eine Liste mit Hemmnissen, denen sich deutsche Unternehmen in China gegenüber sehen, mitgenommen (s. dazu auch C.a., 2003/11, Ü 18), doch sprach Ministerpräsident Wen Jiabao die meisten Probleme von sich aus an. Hierzu zählte er insbesondere Defizite in der Rechtslage, die für Gemeinschaftsunternehmen zu einer rechtlichen Unsicherheit führen könnten, sowie die Verletzung von Copyrights und Zertifizierungsaufgaben, die hohe zusätzliche Kosten mit sich brächten. (FAZ, 3.12.03)

Während des Schröderbesuchs in China gab es zur Frage, ob der Transrapid ebenfalls auf der Langstrecke zwischen Shanghai und Beijing zum Zuge kommen könnte, keine klare Antwort. Ministerpräsident Wen Jiabao bezeichnete zwar die Einführung des Transrapids auf der Kurzstrecke in Shanghai als „Symbol der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und China“, forderte aber für die Entscheidung des Langstreckeneinsatzes noch mehr Zeit für wissenschaftliche Begleitstudien. Nach Einschätzung von Heinrich von Pierer, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG, besteht im Transportsektor sowohl Interesse an der deutschen Rad-Schiene-Technik als auch am Einsatz des Transrapids auf weiteren Strecken.

Bundesverkehrsminister Stolpe verwies nach Gesprächen mit seinem chinesischen Amtskollegen auf den Wunsch der chinesischen Seite, eine strategische Partnerschaft im Eisenbahnsektor einzugehen. Vor allem für die Modernisierung veralteter Eisenbahnstrecken, für den Bau von U- und Regionalbahnen sowie Elektroloks und für deutsche Signaltechnik bestehe ein hohes Kooperationspotenzial. Zur Konkretisierung einer engeren Zusammenarbeit schlug Stolpe der chinesischen Seite die Durchführung von gemeinsamen Workshops unter Beteiligung von Experten aus beiden Ländern in Deutschland im Jahre 2004 vor. (NfA, 3.12.03; HB, 2., 3.12.03)

Der Transrapid hat Ende Dezember 2003 in Shanghai seinen regulären Betrieb aufgenommen, drei Jahre nach der Vertragsunterzeichnung für den Bau des Bahnsystems. Zunächst ist ein Halbtagsbetrieb vorgesehen, und zwar in der Woche nur vormittags und am Wochenende nachmittags. Während des Probetriebs, der Ende letzten Jahres in Anwesenheit von Bundeskanzler Schröder begonnen wurde, benutzten rd. 500.000 Reisende den Schnellzug. (FAZ, 30.12.03)

Neben dem Ausbau des Schienenverkehrsnetzes sind weitere Projekte im Infrastruktursektor für die deutsche Wirtschaft von Interesse. So setzt beispielsweise der Baukonzern Hochtief auf den Bau neuer Flughäfen. Insgesamt wird nach Schätzungen für die nächsten drei Jahre bis 2006 von